20. Wahlperiode

Drucksache **20/7677**

HESSISCHER LANDTAG

20.01.2022

Änderungsantrag

HHA

Fraktion der CDU,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 20/6873 zu Drucksache 20/6380

Inhalt des Antrags**:** **Etablierung einer Forschungseinrichtung zur Rechtsextremismus- und Rassismusforschung am Demokratiezentrum an der Philipps-Universität Marburg**

Einzelplan 15 Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 15 02 - Förderung von Wissenschaft und Forschung
Buchungskreis: 2995

Förderproduktnummer lt. Leistungsplan 7

Bezeichnung lt. Leistungsplan Projektförderungen von Hochschulen und im Hochschulkotext, Forschungseinrichtungen, Bibliotheken und Archiven

Leistungsplan:

	von	Veränderung Um	auf
	Beträge in 1.000 EUR		
Gesamtkosten	51.082,8	+1.200,0	52.282,8
Eigene Erlöse	3.766,7	0,0	3.766,7
Produktabgeltung	47.316,1	+1.200,0	48.516,1

Weitere Änderungen im Wirtschafts-/ Stellenplan:

Verpflichtungsermächtigungen:

Verpflichtungsermächtigungen zu Titel 685	**von**	**um**	**auf**
Verpflichtungsermächtigungen 2023	4.773.000	+300.000	5.073.000
Verpflichtungsermächtigungen 2024	3.223.000	+300.000	3.523.000
Verpflichtungsermächtigungen 2025	2.778.000	+300.000	3.078.000
Verpflichtungsermächtigungen 2026 ff.	1.117.000	+300.000	1.417.000
Gesamtverpflichtung	11.891.000	+1.200.000	13.091.000

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und hat zentrale politische Bedeutung. Basis hierfür sind wissenschaftliche Daten und Erkenntnisse zu den Ursachen, Dynamiken und Funktionsweisen von Rassismus und Rechtsextremismus. In Hessen gibt es bereits angesiedelt - an der Universität Marburg - das Demokratiezentrum. Aufgaben des vom Bund und Land Hessen finanzierten Demokratiezentrums sind u.a. die Meldestelle Antisemitismus, Beratungs- und Vernetzungsaktivitäten und die Koordination von Projekten mit unterschiedlichen Trägern aus Hessen und bundesweit.

Integriert und als Teil des Demokratiezentrums soll eine Forschungseinrichtung etabliert werden, die die Koordination und wissenschaftliche Auswertung der Beratungen im Sinne eines wissenschaftlichen Transfers, aber insbesondere Forschung und Weiterbildung im Bereich des Rechtsextremismus und Rassismus betreibt. Schwerpunkte sollen die demokratietheoretische Grundlagen- und anwendungsbezogene Forschung sowie die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit gesamtgesellschaftlichen, aktuellen politischen wie auch historischen Entwicklungen sein. Konkrete Aufgaben sind u.a. die Entwicklung und Umsetzung des bundesweit ersten berufsbegleitenden Weiterbildungsmasters „Beratung im Kontext Rechtsextremismus“, wissenschaftliche Forschungsprojekte zu Ursachen und Methoden der Bekämpfung von Demokratiefeindlichkeit. Das Anknüpfen an bestehende Strukturen des Demokratiezentrums führt zu mehr Synergien und einer größeren Sichtbarkeit.

Im Haushaltsjahr 2022 wird hierfür der Finanzbedarf in Höhe von 300.000 € aus dem Innovations- und Strukturentwicklungsbudget finanziert. Zur Umsetzung der Erweiterung der Rechtsextremismus- und Rassismusforschung werden auch im Zeitraum von 2023 bis 2026 jährlich 300.000 € zur Verfügung gestellt.

Wiesbaden, 19. Januar 2022

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:

Ines Claus

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:

Mathias Wagner (Taunus)